

Berlin, 17. Februar 2010

info@impulse-fuer-den-wohnungsbau.de
www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

Pressekonferenz: „Grundbuch statt Sparbuch? Oder können sich die Deutschen Wohneigentum nicht mehr leisten?“

STATEMENT

Klaus WieseHügel Bundesvorsitzender Industriegewerkschaft Bauen-Argrar-Umwelt

Anrede,

Wohnen ist nicht nur ein elementares Grundbedürfnis. Wohnungsbau kann zugleich einen wichtigen Beitrag zum Thema Wachstum, Beschäftigung, Demografie und nicht zuletzt zum Klimaschutz leisten.

In meinem Beitrag möchte ich **nicht** auf den zunehmenden Mangel an bezahlbaren Wohnungen in Ballungsräumen und auch nicht auf die notwendige Anpassung des Wohnungsbestands an eine älter werdende Gesellschaft eingehen. Ich möchte vielmehr auf die **umwelt**politische Bedeutung von Wohnen und Wohnungsbau eingehen.

Gebäude sind in Deutschland verantwortlich für 40 Prozent des Energieverbrauchs und 20 Prozent des gesamten CO₂-Ausstoßes. Trotz des gescheiterten Kopenhagener Klimagipfels bleibt dieser Bereich **der** wirkungsvollste Ansatzpunkt zum Klimaschutz.

Immer noch sind 3 von 4 der rund 39 Millionen Wohnungen und rund die Hälfte der 150.000 Gebäude der Bildungsinfrastruktur wie Schulen und Kindergärten aus energetischer Sicht sanierungsbedürftig.

Mit einem Volumen von 1 Milliarde Euro können 18.000 bis 20.000 Arbeitsplätze für ein ganzes Jahr geschaffen bzw. gesichert werden.

Dieser Aspekt hat gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise eine hohe Bedeutung. Deshalb finanzieren sich staatliche Fördermaßnahmen in diesem Bereich zu einem erheblichen Teil selbst.

Die Programme zur energetischen Gebäudesanierung bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau waren bisher sehr erfolgreich. Die Bundesregierung hat hiermit einen wichtigen Schritt in Richtung Energieeinsparung getan und darf jetzt nicht zurückrudern. Der aktuelle Entwurf des Bundeshaushalts für dieses Jahr bedeutet mit 1,1 Milliarden Euro eine Halbierung gegenüber dem Vorjahr. Denn im Vorjahr wurden wegen der großen Nachfrage statt 1,5 sogar 2,2 Milliarden Euro an Fördermitteln bereitgestellt.

Eine solche Kürzung wäre aus wachstums-, beschäftigungs- und umweltpolitischen Gründen ein verheerendes Signal. Und dies in einer Zeit, wo zeitgleich Politiker immer noch von notwendigen Steuersenkungen fabulieren.

info@impulse-fuer-den-wohnungsbau.de
www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

Die Wohnungen wie auch das Klima brauchen eine Verstetigung, zumindest auf dem ursprünglich geplanten Niveau von 1,5 Milliarden Euro jährlich. Und dies gilt **auch** für die Zeit nach 2011.

Denn die energetische Gebäudesanierung ist nicht nur ein wirkungsvolles konjunkturpolitisches Instrument in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, sondern bleibt eine Daueraufgabe. Um das Klimaschutzziel einer maximalen Erderwärmung von 2 Grad Celsius zu erreichen, muss unser CO₂-Ausstoß bis 2020 sogar um 40 Prozent gesenkt werden. Hier ist der Wohnungsbau der zentrale Ansatzpunkt.

Anrede,

abschließend möchte ich noch auf zwei weitere baupolitische Instrumente für den Klimaschutz eingehen. Die in dieser Kampagne zusammengeschlossenen Verbände fordern eine Ausweitung der Steuerermäßigung nach § 35 a im Einkommensteuergesetz.

Hier geht es um die steuerliche Abzugsmöglichkeit von Handwerkerleistungen. Dieses Instrument wirkt nicht nur erfolgreich gegen illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit. Es kann vielmehr beim selbst genutzten Wohneigentum dazu dienen, den Energieverbrauch von Eigenheimen zu senken.

Der hohe Beschäftigungseffekt dieses Instruments liegt darin, dass lediglich die **Arbeitskosten**, nicht jedoch die Materialkosten beim Steuerabzug berücksichtigt werden.

Anrede,

lassen Sie mich zum Schluss noch kurz die unzulänglichen Abschreibungsbedingungen im Mietwohnungsbau ansprechen. Eine Abschreibung von jährlich 2 Prozent ist für Investoren schlicht und einfach unattraktiv und hat entscheidend zu dem Rückgang der Fertigstellungen im Geschosswohnungsbau um 80 Prozent beigetragen. Die Verbände fordern deshalb eine Erhöhung des Abschreibungssatzes auf 4 Prozent in den ersten 5 Jahren.

Hier könnte es bei Übererfüllung bestehender Energieverbrauchsnormen im Neubau zusätzliche Anreize im Rahmen der Abschreibungssätze geben. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat hierzu nachgewiesen, dass verbesserte Abschreibungsbedingungen dem gesamten Staat bereits ab dem ersten Jahr unter dem Strich mehr Einnahmen bringen.

Und was kann sich eine Bundesregierung in diesen Zeiten besseres wünschen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.